

(K)eine Frage der Bebauung

Die Stadtverwaltung stellt ihre Pläne für den „Digital-Campus“ in Volgershall vor und bekommt mächtig Gegenwind

VON ANTJE SCHÄFER

Lüneburg. Keinen leichten Stand hatte die Verwaltungsspitze der Stadt bei der Bürgerversammlung im Glockenhaus, wo sie Details zum Bebauungsplan „Digital-Campus/Grüngürtel West“ vorstellte und den Startschuss für die öffentliche Beteiligung gab. Mehr als 200 Bürger waren gekommen, die meisten sehen die Pläne äußerst kritisch oder lehnen eine Bebauung im westlichen Grünzug der Stadt komplett ab.

Oberbürgermeister Ulrich Mädge machte eingangs deutlich, dass die Planungen ganz am Anfang seien. Ob es zum Satzungsbeschluss komme, beschließe der Rat nach einem umfangreichen Bauleitverfahren, dazu gehöre die öffentliche Beteiligung, bei der Bürger ihre Bedenken einbringen könnten. Ziel sei es, am Standort Volgershall, für den es bereits einen bestehenden Bebauungsplan „Sondergebiet Hochschule“ aus dem Jahr 1983 gebe, einen Digital-Campus plus Wohn- und Gewerbegebiet anzusiedeln. Mit Blick auf die Entwicklung von Zukunftstechnologien und damit verbundenen Arbeitsplätzen würden inzwischen viele Städte diesen



Kritisch verfolgten viele Bürger die Ausführungen von Oberbürgermeister Ulrich Mädge.

Foto: t&w

Weg gehen. Gleichzeitig wolle die Stadtverwaltung den Grüngürtel West sichern durch den neuen Bebauungsplan, der nach gegenwärtigem Stand 330 bis 580 Meter breit sein soll.

Neuer Bebauungsplan soll Grüngürtel sichern

Wie berichtet, hatte der Rat im Jahr 2014 beschlossen, dass der Landschaftsraum im Westen Lüneburgs planerisch langfristig für Natur- und Landschaftsschutz und die Naherholung gesichert wird. Bei einer Aktualisierung des Landschaftsplanes und des Flächennutzungsplanes sowie des Landschaftsrahmenplanes sollen die Flächen danach von Bebauung und Verkehrswegen freigehalten werden. Das fordern die BI Grüngürtel West, Bürger und Teile der Politik nachhaltig ein, seitdem Oberbürgermeister Mädge im vergangenen Frühjahr erstmals mit den

Plänen an die Öffentlichkeit ging.

Stadtbaurätin Heike Gundermann erläuterte, dass im Mai 2016 im Bau- und Grünflächenausschuss dargestellt worden sei, aus welchen Flächen (Wald, Kleingartenanlagen, Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten, Ökopoolflächen) sich der Grünzug zusammensetze, der mit einer Mindestbreite von 220 Metern konzipiert gewesen sei. Inzwischen sei dieser breiter. Denn durch den neuen Bebauungsplan soll das Gebiet des vorhandenen Plans von 1983 kleiner werden, außerdem soll nach Gesprächen mit Reppenstedt die Nase, die von dort in den Grüngürtel hineinragt, freigehalten werden. Entsprechend der ersten Vorbetrachtung des Klimagutachters würden im Bereich Volgershall breite Bahnen für den Kaltlufttransport freigehalten.

Entstehen soll zum einen ein Baugebiet „Volgershall“ für Wohnen und nicht störendes Gewerbe mit 110 Wohneinheiten, an der Grenze zu Reppenstedt das Baugebiet „Kranker Hinrich“ mit Einzel- und Doppelhäusern sowie Räumen für Praxen und Büros. In Auftrag gegeben werden müssten nun zahlreiche Fach-

gutachten, unter anderem zum Klima, Verkehr und Artenschutz, sagte Gundermann.

„Herr Mädge, warum setzen Sie sich mit der Verwaltung und Teilen der Politik über den Beschluss von 2014 hinweg, nachdem alle unbebauten Flächen im Westen von Bebauung freigehalten bleiben sollen?“, hieß es aus den Besucherreihen. Mädge hielt dagegen, dass es einen „Auftrag zur Prüfung gab“. Dem sei die Verwaltung nachgekommen, habe Ergebnisse im Mai 2016 präsentiert. „Damals wurden wir gelobt, obwohl der Grünzug aufgrund des bestehenden Bebauungsplanes noch schmaler war.“

Bürger fordern Stadtentwicklungskonzept

Bürger verwiesen auch auf die landschaftsökologische Stellungnahme von 1992, die eine Bebauung der Flächen von Volgershall West ausschloss, die Ergebnisse gingen in den bestehenden Landschaftsplan von 1996 ein. Unverständlich und nicht hinnehmbar seien deshalb die Planungen der Stadt. Gundermann argumentierte, dass die Stellungnahme keine eigene Rechtskraft habe, sondern Abwägungsgrundlage sei. Der Landschaftsplan wer-

de derzeit aktualisiert. Gesichert werden solle der Grüngürtel durch den neuen Bebauungsplan, der alle Flächen – abgesehen von den beiden geplanten Baugebieten – als unbebaubar festsetze.

Die Kritiker machten auch deutlich, dass die Planungen der Stadt einer weiteren Zersiedlung und Versiegelung von Flächen Vorschub leisten, erheblich mehr Verkehr bedeuten und es höchst fraglich sei, ob der Grüngürtel in der Breite zur Belüftung der Stadt ausreiche. Ein BI-Vertreter hielt der Verwaltung vor, dass der Klimagutachter erklärt habe: am besten dort gar nicht bauen. Im Übrigen fehle ein Stadtentwicklungskonzept. Seit 2016, als die Verwaltung den Auftrag dafür erhalten habe, sei da nichts passiert. Mädge: „Wir wollen dieses erstellen, aber es wird drei Jahre dauern.“ Ab Sommer sei dazu auch eine Bürgerbeteiligung geplant.

Wolfgang Kreider von der BI machte deutlich: „Wir sind nicht gegen die Entwicklung von Wohnraum. Wogegen wir sind, ist der Standort. Denn aus unserer Sicht sagt der Ratsbeschluss von 2014 eindeutig: Keine Bebauung.“

ALLMANN